

Einblicke

Im Internet

Von Klaus-Henning Rosen

Die Ankündigung von Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin, im Juli mit den Internet-Anbietern AOL, Bertelsmann und Microsoft darüber zu reden, ob und wie der Zugang von Neonazis ins Netz steuerbar wäre, ist eine logische und zwingende Folge aus den Fakten. Die von Behörden registrierte Zunahme rechtsextremer Propaganda-Homepage ist erschreckend und erfordert rasches Handeln. Über das Problem als solches dürfte es unter Demokraten eigentlich keine Differenzen geben. Wenn der Verfassungsschutzbericht des Bundesinnenministers Otto Schily für das vergangene Jahr einen Zuwachs der Webseiten von Rechtsextremen um 130 registriert hatte und mittlerweile schon 140 neue hinzu gekommen sind, müssen diese Informationen doch genügen, um einzuschreiten. Schwer verständlich ist darum, was den CSU-Bundestagsabgeordneten Wolfgang Zeitelmann bewog, die Bundesjustizministerin wegen ihrer vernünftigen Ankündigung zu schelten. Zeitelmann muss sich nur bei seinem Parteifreund, dem bayerischen Innenminister Günther Beckstein, kündigt machen, woher unserem demokratischen Gemeinwesen Gefahr droht.

Ganz uneinsichtig scheint Zeitelmann aber doch nicht zu sein: Nach seiner handfesten Regierungsschelte schließt er sich dem an, was Däubler-Gmelin fordert: einen Verhaltenskodex für Provider, den es bei Netzzugängen (Stichwort: Kinderpornografie) schon gibt. Deshalb ist die Justizministerin in ihrer Zuversicht zu unterstützen, dass sie in Europa ihr Ziel erreichen kann.

Abfällige Zitate eines Bertelsmann-Sprechers sind da nicht hilfreich. Zumal sich die Verantwortlichen in dem Medienkonzern durchaus bewusst sind, dass sich niemand einen Gefallen tut, wenn der Nazi-Propaganda eine Plattform geboten wird. Wenn die Solidarität der Demokraten nicht funktioniert, die Innenminister Schily bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts eingefordert hat, kann diese Gesellschaft sich aufgeben.

Advokaten der Kleinen

Der Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte bemüht sich in herausragender Weise um die Entschädigung der Zwangsarbeiter. **Seite 2 ■**

Alltag in Eggesin

Während dem vietnamesischen Opfer des Gewaltexzesses vor einem Jahr die Abschiebung droht, prügeln sich die Gesinnungskameraden der Täter mit der Polizei. **Seite 3 ■**

„Reich Europa“ als Ziel

Bei der „Neuen“ Rechten tritt der Nationalstaatsgedanke zusehends zurück. Hauptfeind eines angestrebten Eurasien sind die USA. **Seite 4 ■**

Flügelahmer Le Pen

Dem wieder gewählten Chef des Front National kehren besonders jüngere Parteimitglieder den Rücken. **Seite 8 ■**

Beste Qualifikationen

Der Mitarbeiter von FPÖ-Minister Michael Schmidt hat enge Kontakte ins extrem rechte Milieu. **Seite 10 ■**

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Demokratische Initiativen**Anwalt für Schwache**

Der Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte wird mit einem Preis ausgezeichnet.

Es begann mit zwei Aktenordnern und einem Telefonanschluss. Das war vor zehn Jahren, im Frühjahr 1990. Heute arbeiten im Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte in Köln fünf hauptamtliche Kräfte. Sonja Schlegel und Lothar Evers sind seitdem dabei, genannt werden müssen aber auch Christiane Hoss, lange Zeit Geschäftsführerin der Kölnerischen Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, und der Psychiater Peter Liebermann, Vorsitzender der Kölner Gedenkstätte für NS-Opfer EL DE-Haus. Sie wollten sich nicht damit abfinden, dass viele NS-Opfer keine Entschädigung erhalten hatten. Der Gedanke, das zu ändern, war den Initiatoren drei Jahre zuvor, im Sommer 1987 gekommen. Damals gab es im Deutschen Bundestag das erste Hearing zum Thema „Entschädigung“, an dem Opfer selbst zu Wort gekommen waren. Etlichen Parlamentariern fiel es wie Schuppen vor den Augen, dass viele Überlebende bisher leer ausgegangen waren. Sie beschlossen im Parlament, einen Härtefonds zu gründen - vor allem für die leer Ausgegangenen. Doch der Fonds wurde kaum in Anspruch genommen, weil die meisten Verfolgten nichts von der neuen Möglichkeit wussten oder längst resigniert hatten. Das war Ausgangslage für Evers und Freunde, hier Hilfe anzubieten. Sie taten das mit der Gründung einer Informations- und Beratungsstelle, aus der dann vor nunmehr zehn Jahren der Bundesverband wurde. Ihm ging und geht es vor allem um jene Menschen, die keine Lobby haben, Euthanasiegeschädigte, ehemalige Fürsorgezöglinge, Schwule, Deserteure, um nur einige zu nennen.

Der Bundesverband ist weltweit die einzige Stelle, die jedermann zur Verfügung steht. Immer wieder hat er öffentlich gemacht, dass Zehntausende von Opfern auf ihre „Entschädigung“ warten. Direkt geholfen wurde inzwischen weltweit 2.500 NS-Opfern, ihre Ansprüche durchzusetzen. Das war meistens kompliziert und hat oft lange gedauert. Entscheidend ist freilich das Ergebnis, das sich sehen lassen kann. Ehemalige polnische Zwangsarbeiter, die jetzt in den USA, in Australien oder in Kanada leben, würden das jederzeit bestätigen.

Die finanzielle Ausstattung des Verbandes ist unverändert äußerst dürftig. Er lebt von Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Geldbußen. Ideelle Unterstützung bekommt er von weltweit geachteten Organisationen, wie der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten, dem Auschwitz-Komitee der BRD, dem Bund der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten, den Grünen in Nordrhein-Westfalen, der Claims Conference, den jüdischen Gemeinden in NRW, der deutschen Sektion von Pax Christi, der VVN und den in Israel organisierten ehemaligen NS-Zwangsarbeitern. In den letzten Monaten ist der „Bundesverband“ auch in der Bundesrepublik bekannter geworden, weil er an jeder Beratungsrunde für die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern beteiligt war - nicht unbedingt zur Freude der deutschen Seite. Ob die ihn dabei haben wollte oder nicht, sei hier mal dahin gestellt. Fest steht dem gegenüber, dass die Delegation aus Prag den Verband eingeladen hat, sie zu begleiten und zu beraten. So war Evers immer dabei, was nicht bei jeder Runde leicht fiel. Die Flüge in die USA sind nicht zum Nulltarif zu bekommen und die Opfer aus der tschechischen Republik konnten ihn auch nicht einladen. Doch Evers fand immer eine Möglichkeit, wobei die Lufthansa mitunter aktiv geholfen hat.

Anfang Juni wird der Verband zwar keine Schlagzeilen in allen großen Medien machen, auf den Nachrichten-Seiten dürfte er sich aber hoffentlich dennoch finden. Am 7. Juni erhält er nämlich in der Berliner Humboldt-Universität den „Demokratiepreis 2000“, den die Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik“ vergibt. In der Begründung heißt es unter anderem: „das mit bescheidenen Mitteln arbeitende kleine Team mit seinem Sprecher Lothar Evers gehört zu jenen, die hartnäckig immer wieder das Schicksal der Überlebenden und deren Recht in Erinnerung rufen, wenigstens den Lebensabend in Würde verbringen zu können. Der Kölner Bundesverband hat sich zugleich die Freiheit bewahrt, die Dinge beim Namen zu nennen“. 1997 wurde mit dem Preis Daniel J. Goldhagen für sein Buch „Hitlers willige Vollstrecker“ ausgezeichnet. Laudatoren waren Jürgen Habermas und Jan Philipp Reemtsma. Diesmal werden Hildegard Hamm-Brücher und Micha Brumlik sprechen. Der „blick nach rechts“ gratuliert schon jetzt. Wer die Hilfe des Verbandes in Anspruch nehmen will, wende sich an diese Anschrift: Holweider Straße 13-15, 51065 Köln, Tel. 0221 / 612041, Fax. 0221 / 9624457. *Heiner Lichtenstein*

Aktivitäten

Mit Füßen getreten

In Eggesin treffen sich die Rechtsextremisten weiterhin in einer von der Gemeinde angemieteten Garage. Dem vietnamesischen Opfer der Gewalttat vor einem Jahr droht die Abschiebung.

Im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern ist die Welle rechtsextremer Gewalt weiterhin ungebrochen. Ein Jahr nach dem brutalen Überfall auf zwei Vietnamesen in der Gemeinde Eggesin wurden jetzt in der Ortschaft Wachow neun Vietnamesen von Glatzköpfen angegriffen und mit Faustschlägen und Fußtritten traktiert. Zwei der Opfer trugen erhebliche Verletzungen davon, die anderen konnten zum Glück rechtzeitig fliehen. Als mögliche Täter ermittelte die Polizei zehn junge Männer im Alter zwischen 17 und 22 Jahren. Die zur Tatzeit angetrunkenen Verdächtigen wurden zunächst festgenommen, wenig später aber wieder auf freien Fuß gesetzt. Auch ein von der Staatsanwaltschaft erlassener Haftbefehl gegen einen wiederholt in Erscheinung getretenen 20-jährigen Schläger hatte keinen Bestand: Das zuständige Amtsgericht Greifswald hob die Anordnung der Strafverfolger wegen fehlender Wiederholungs- und Verdunkelungsgefahr wieder auf. Inzwischen erwägt der Schweriner Generalstaatsanwalt Uwe-Christian Martensen allerdings eine Beschwerde gegen die richterliche Entscheidung.

Gleichzeit wurde bekannt, dass der beim Eggesiner Überfall vor einem Jahr schwer verletzte Vietnamesen Nuyen Dieng Phong akut von der Abschiebung in sein Heimatland bedroht ist. Das zuständige Landratsamt in Pasewalk lehnte jedenfalls einen Asylantrag des 28-Jährigen ab, der seit dem Überfall unter Alpträumen leidet und panisch die Flucht ergreift, sobald er am Horizont einen jungen Glatzkopf auftauchen sieht. Sein Landsmann Tran Quoc Vien, der bei dem Überfall lebensgefährlich verletzt wurde, hat die Bundesrepublik bereits freiwillig verlassen. Nuyen Dieng Phong, dessen Aufenthalt zur Zeit nur geduldet wird, will jedoch in Eggesin bleiben. Sein Anwalt Ulf Dembski appellierte an die Behörden in Schwerin und Berlin, den Vietnamesen nicht gegen seinen Willen in seine Heimat abzuschieben. „Dafür würde man Beifall von der falschen Seite bekommen“, erklärte Dembski. Auch Marieluise Beck, die

Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, hat sich inzwischen nachhaltig für ein Bleiberecht des Vietnamesen eingesetzt. Frau Beck: „Alles andere wäre humanitär nicht nachvollziehbar.“

Im Fall Eggesin hatte wegen der besonderen Brutalität des Überfalls die Bundesanwaltschaft die Anklage übernommen. Die fünf jungen Täter, die mehrfach mit Springerstiefeln gegen den Kopf eines ihrer Opfer getreten hatten, wurden Anfang April vom Oberlandesgericht Rostock zu Haftstrafen zwischen vier und sechs Jahren verurteilt. Prozess und Urteil galten als Warnung für Nachfolgetäter. Inzwischen wurde allerdings bekannt, dass sich die Gesinnungskameraden der Verurteilten weiterhin als „Nationaler Widerstand“ oder „Arischer Widerstand“ bezeichnen und sich immer noch in einer von der Gemeindeverwaltung Eggesin angemieteten Garage treffen. Die zuständigen Lokalpolitiker konnten sich bisher nicht dazu durchringen, den rechtsextremen Jugendlichen die Versammlungslokale zu kündigen. Noch am letzten Wochenende im April war der Treffpunkt nach Beschwerden von Anwohnern wegen ruhestörenden Lärms von der Polizei geräumt worden. Fünf der insgesamt rund 25 jungen Rechten leisteten Widerstand und wurden vorübergehend festgenommen, befinden sich inzwischen wieder auf freiem Fuß.

Sebastian Bähr

Wahlergebnisse

Düsseldorf - Bei den nordrhein-westfälischen Landtagswahlen am 14. Mai erzielten die Republikaner, die in 132 von 151 Wahlkreisen angetreten waren, ein Resultat von 1,1 Prozent (83.251 Stimmen; 1995 waren es 0,8 Prozent und 65.509 Stimmen). Die höchsten Ergebnisse lagen für die REP in den Wahlkreisen Herne II (3,4%), Duisburg V (3,4%), Duisburg IV (3,2%), Essen III (3,0%). Überdurchschnittliche REP-Stimmenanteile gab es in Gelsenkirchen II (2,8%), III (2,7%) und I (2,4%), Bochum IV (2,4%), im Märkischen Kreis I (2,5%), III (2,2%) und IV (2,1%), in Herne IV (2,4%), Essen II (2,3%), Dortmund III (2,3%), Hagen I (2,3%) und II (2,2%), Recklinghausen III (2,1%), Soest II (2,1%), Duisburg III (2,1%) und II (2,0%), Siegen-Wittgenstein (2,0%). Die NPD, die in vereinzelten Wahlkreisen kandidiert hatte, erhielt zusammen 2.351 Wählerstimmen. Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland holte im Rhein-Sieg-Kreis insgesamt 527 Stimmen, für die UAP votierten 139, den Bund für Gesamtdeutschland 180 und die obskure Bürgerrechtsbewegung Solidarität 2 632 Wähler/innen.

Hintergrund**Traum von Eurasien**

Bei den europapolitischen Konzeptionen der „Neuen“ Rechten tritt der Nationalstaatsgedanke zunehmend zurück zugunsten der Vorstellung eines Europäischen Reiches. An Bedeutung gewinnt wieder der Veranstaltungsort Collegium Humanum

Wenn sich bei einer Veranstaltung jemand lautstark beschwert, es handele sich doch um ein deutsches Seminar, bei dem aber trotzdem nur Ausländer als Referenten eingeladen seien, dann kann man fast sicher sein, dass sich verletzter Nationalstolz im Umfeld der extremen Rechten Luft verschafft. Thema des betreffenden Kolloquiums waren Ansätze zu Europakonzeptionen von rechts. Und somit war es fast logisch, dass ausschließlich Vortragende aus den Nachbarländern gewonnen worden waren, da sich die extreme Rechte in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahrzehnten fast gar nicht mit eigenständigen Europaentwürfen beschäftigt hatte. Zu einer Zeit, da den klügeren der Exponenten der extremen Rechten in Europa, nicht zuletzt durch den erzwungenen Verlust der Kolonien, klar geworden war, dass eine Weltmachtrolle für die europäischen Staaten nur noch im Konzert zur verwirklichen sein würde, blockierte die Dominanz des Themas der „Wiedererringung der deutschen Einheit“ in den Grenzen von 19xy... in der Bundesrepublik alle über den Nationalstaat hinausweisenden Ansätze. Erst in der deutlich sichtbaren Verfallsphase des „realsozialistischen“ Lagers erfolgten erste zaghafte Rückgriffe auf historische europapolitische Vorstellungen, vorzugsweise zunächst auf das Mitteleuropakonzept.

■ **Werner Haverbeck ist „geistiger Großvater“** ■

Es besteht also ein deutlicher Nachholbedarf dieses Themas bei der deutschen extremen Rechten. In einigen intellektuellen Zirkeln hat sich zwar die Erkenntnis herumgesprochen, dass Parolen wie „Erst Deutschland - dann erst Europa“ keinerlei gestalterische Kompetenz für die Zukunft innewohnt, doch sind selbst die eigenen weitergehenden Überlegungen aus der Weimarer Zeit weitgehend unbekannt. Diese Aussage gilt erst recht für diejenigen

Ansätze, die aktuell von einer „Neuen“ Rechten in anderen europäischen Ländern erarbeitet werden.

Zur Arbeit an der Behebung dieses Defizits hatte deshalb Synergon, die deutsche Sektion des europäischen „neu“rechten Netzwerkes Synergies Européennes, an einen Ort geladen, der innerhalb der deutschen extremen Rechten durchaus eine Tradition für Ansätze und Themenfelder abseits des Mainstreams hat. Die Rede ist vom Collegium Humanum in Vlotho, dem langjährigen Zentrum des rechtsökologischen Weltbundes zum Schutze des Lebens. Erstmals trat als Mitveranstalter die Gruppe um die Vierteljahresschrift „Hagal“ auf. Diese dürfte auch die Kontakte zum Collegium Humanum vermittelt haben, denn dessen langjähriger geistiger Kopf, der im Vorjahr verstorbene Professor Werner Haverbeck, galt den „Hagal“-Aktivisten nach Eigenaussagen als eine Art „geistiger Großvater“. Die Teilnahme von mehr als 50 Personen deutete sowohl das Interesse an, welches das Thema gegenwärtig weckt, wie es auch unterstrich, dass - nicht zuletzt durch die frisch begründete Kooperation mit „Hagal“ - es dem „neu“rechten Kreis Synergon gelungen ist, die Zahl der Aktivisten etwas zu steigern. Die Hamburger Führungsscrew um den „Präsidenten“ Marc Lüdders konnte also zumindest mit der Quantität zufrieden sein.

Nahezu unverzichtbar bei solchen Veranstaltungen ist der belgische Motor und geistige Kopf der Europäischen Synergien, der Übersetzer und Publizist Robert Steuckers. Dieser ist ein überzeugter Anhänger eines zu schaffenden Reiches Europa, das die zentrale Entscheidungsebene und Souveränität von den Nationalstaaten weg und auf eine höhere Stufe verlagern will, wobei zugleich den Regionen ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wird. Diese Regionen bilden nämlich für ihn den entscheidenden identitätsstiftenden Rahmen. Die Nationalstaaten verlieren in diesem Konzept weitgehend ihr Gewicht und ihre Bedeutung. Guillaume Faye, langjähriger Freund und Mitstreiter von Steuckers noch aus Zeiten des GRECE, behauptet gar, der Nationalstaat sei „eine obsoleete Form des Politischen“. Bei allen sonstigen Differenzen ist man sich hier einig mit Alain de Benoist, der von sich selbst sagt, er fühle sich primär als Europäer, dann als jemand, der aus der Normandie stammt, und erst zuletzt als jemand, der die französische Staatsbürgerschaft besitzt. Während der Nationalstaat bei der alten Rechten noch immer unumstritten die wichtigste Position einnimmt, hat sich bei der „Neuen“ Rechten offenkundig die Rangfolge

umgekehrt. Europa, Region, Nation lautet sie jetzt, wobei Europa und Region stets zusammen gedacht werden.

Steuckers begründet seine Europastrategien mittels der unterschiedlichen Ansätze der Geopolitik. Diese in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg weitgehend in der Versenkung verschwundene Pseudowissenschaft, eine Kombination aus Geografie, Politikwissenschaft, Geschichte, Kulturwissenschaft und nicht zuletzt Militärstrategie, wurde hierzulande in der Zwischenkriegszeit besonders durch den völkischen General Karl Haushofer bekannt. Wiederbelebungsversuche wie durch den österreichischen General Jordis von Lohausen mit seinem Buch „Mut zur Macht. Denken in Kontinenten“ blieben eher Ausnahmen. In den frankophonen Ländern dagegen erlebt die Geopolitik seit einigen Jahren geradezu eine Renaissance. Es existieren Spezialzeitschriften und an der Pariser Sorbonne gar ein Lehrstuhl für Geopolitik. Einschlägige Literatur erlebt beachtliche Auflagen. Beileibe nicht alle der entsprechenden Ansätze kommen dabei von rechts.

■ Beginnender Dritter Weltkrieg ■

Diese strategischen Konzeptionen sind in Deutschland weitgehend unbekannt. Steuckers kann also sicher sein, seinen Gesinnungsfreunden hier neue Perspektiven zu weisen. Dies wird inzwischen dankbar auch außerhalb des Kerns der „Neuen“ Rechten aufgegriffen. So sprach Steuckers zu seinem Lieblingsthema am 3. Februar in Aachen bei der Brünner Burschenschaft Libertas. Er konstruiert aktuell einen Zusammenhang zwischen dem Golfkrieg und dem Kosovokrieg, dem „Medienkrieg gegen Österreich“ und der „Eliminierung von Bundeskanzler Helmut Kohl“. Dies alles sei Teil eines beginnenden Dritten Weltkrieges, dessen Ziel die Verhinderung der Entstehung eines eurasischen Reiches sei. Russland, zur Errichtung eines Kontinentalblocks Eurasien unverzichtbar, sei folgerichtig das beklagenswerte, am stärksten betroffene Opfer. Der ehemalige Kanzler Kohl habe das geopolitische Verdienst, durch die Vollendung des Rhein-Main-Donau-Kanals eine Verbindung zum Kaspischen Meer geschaffen zu haben. Der Hauptfeind eines Reiches Europa, die Vereinigten Staaten, hätten ein eminentes Interesse daran gehabt, ihn durch Sozialdemokraten zu ersetzen, die sich stärker als er an einer Achse mit London und Washington orientierten.

Einen völlig anderen Zugang zum „Reich Europa“ wählte der Wiener Martin Schwarz, der neben H.T. Hansen wohl wichtigste Kenner des italienischen Philosophen Julius Evola im deutschen Sprachraum. Er ergänzte Steuckers durch den Hinweis, dass eine neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik unvereinbar mit den Politikvorstellungen von rechts sei, da die Integration aller sozialen Schichten in ein zu schaffendes Reich notwendig sei, um diesen Plan zu verwirklichen. Er zeigte auch Traditionslinien auf. So hatte Evola bereits zu Beginn der dreißiger Jahre eine Reihe von Aufsätzen zur Kritik des Nationalstaatskonzeptes verfasst. Die Nation ist für ihn ein Produkt der Moderne, die wiederum insgesamt von der Schule der sogenannten „integralen Traditionalisten“ abgelehnt wird. Der historisch letzte positiv begriffene staatliche Bezugspunkt ist hier das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, dem eine Art Modellcharakter zugewiesen wird. Auch Schwarz unterstrich die Notwendigkeit eines föderativen Ansatzes.

■ Hauptfeind Vereinigte Staaten ■

Bernhard Schaub, der dritte Referent der Tagung und eingesprungen für den ursprünglich vorgesehenen Hans Herzog, war aus den Reihen der „Hagal“-Gruppe vermittelt worden. Den Kontakt zu dem aus der Schweiz kommenden ehemaligen Waldorf-Lehrer dürfte Haverbeck hergestellt haben. Wegen geschichtsrevisionistischer Äußerungen war Schaub im Januar 1993 fristlos entlassen worden. Schaub hat auch im negationistischen „Journal of historical review“ veröffentlicht. Beim Colloquium Humanum war er zuletzt Anfang 1995 zu Gast. Auch damals ging es um historische Reichskonzepte und deren Nutzbarmachung für die Zukunft. Für den Verlag Zeitenwende, der die Zeitschrift „Hagal“ trägt, hat er zu diesem Thema zwei Publikationen vorgelegt.

Speziell die abschließende Diskussion demonstrierte mehr als deutlich, dass nicht nur objektive Gründe auf absehbare Zeit verhindern werden, dass die Überlegungen zu einem solchen „Reich Europa“ in absehbarer Zeit mehr als Träumereien werden könnten. Noch sehr viel Schulungsarbeit wird notwendig, bevor einmal die Nachwuchskader von Synergon und „Hagal“ die ihnen zuge dachte metapolitische Multiplikatorenrolle werden erfüllen können. Auf die offiziellen politischen Entscheidungsabläufe hat man glücklicherweise ohnehin keinen Einfluss.

Jean Cremet

Demokratische Initiativen**Gegen Rechts im Netz**

Das Internet wird für Rechtsextremisten ein immer häufiger genutztes Medium: die Zahl der Homepages ist im letzten Jahr von 200 auf 330 gestiegen, in diesem Jahr sind bereits 140 neu dazu gekommen. Zu Recht muss sich die Regierung deshalb fragen lassen, was sie dagegen tut. Auf eine entsprechende Frage des Abgeordneten Fischer (CDU/CSU) hat der Bundesminister des Innern geantwortet (Bundestagsdrucksache 14/2879).

Das Dilemma, „im Internet enthaltenes rassistisches, antisemitisches oder extremistisches Datenmaterial sowie auf extremistisches Datenmaterial gerichtete Verweise ... entfernen zu lassen“, liegt nach Einschätzung des Innenministeriums in der eingeschränkten Verantwortlichkeit der Provider für strafbare Inhalte in Deutschland. „Ausgehend vom Prinzip der Eigenverantwortlichkeit“ bestehe nach Paragraph 5 Absatz 2 TDG „die Verantwortung ... für fremde Inhalte nur, soweit er Kenntnis von diesen hat und es ihm technisch möglich und zumutbar ist, die Nutzung zu verhindern“. Der effektiven Bekämpfung der genannten Inhalte in Deutschland stehe „die internationale Vernetzung der Internetrechner entgegen“. Im Übrigen sei es schwierig, die Verantwortlichen festzustellen.

Einen Ausweg sucht die Bundesregierung im Rahmen der G-8-Staaten, deren Justiz- und Innenminister gemeinsam gegen Internetkriminalität vorgehen wollen. Vom 15. bis 17. Mai soll jetzt auf einer gemeinsamen Konferenz mit der Internetindustrie insbesondere über die bessere Lokalisierung und Identifizierung von Straftätern im Netz gesprochen werden. Auf einer Konferenz über „Hass im Internet“ am 26. und 27. Mai, an der die Justizminister der USA, Israels, Kanadas und Schwedens mitwirken, will das Justizministerium gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Simon-Wiesenthal-Zentrum eine internationale Initiative vorbereiten. Die Bundesjustizministerin setzt auch auf freiwillige Selbstkontrolle. Das hat funktioniert, als Hitlers „Mein Kampf“ durch die US-Firmen amazon.com und barnesandnobles.com angeboten wurde. Ähnlich geht das Bundesamt für Verfassungsschutz vor, das deutsche Provider auf Homepages mit extremistischem Inhalt hinweist. Schließlich versuchen die Jugendminister von Bund und Ländern, durch verbesserten Jugendschutz die Verbreitung von Medien mit extremistischem Inhalt gesetzlich einzudämmen.

K.H.R.

Verfassungsschutz**Stagnation in NRW**

Die jüngste Schlappe erlebten die Republikaner jetzt bei den Landtagswahlen mit 1,1 Prozent. Die im Vorfeld der Wahl bei den REP festgestellten Manipulationen der Unterstützungsunterschriften hätten die „Inszenierung der REP als 'ehrenwerte Alternative'“ als eine „Schmierkomödie“ entlarvt, betonte der nordrhein-westfälische Innenminister Fritz Behrens bei der Vorstellung des aktuellen Landesverfassungsschutzberichts. Der von Beginn an zerstrittene Landesverband machte im vergangenen Jahr besonders durch die gegenseitige Abwahl und Demontierung zweier Landesvorsitzender von sich reden, von einem REP-Insider wurde eine Parteisitzung vom Dezember als „Schrei- und Brüllveranstaltung“ charakterisiert. Mitgliedermäßig konnten die REP trotzdem ihren Vorjahresstand mit 1.500 halten. Die DVU ist mit 2.100 Anhängern nach wie vor stärkste Partei im Bundesland. Erstmals Erwähnung im Bericht findet der Bund Freier Bürger, bei dem sich nach Erkenntnissen des Amtes Anhaltspunkte für den Verdacht der Bestrebung gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung ergeben würden.

Die NPD konnte in NRW 130 Anhänger dazu gewinnen (jetzt 780), Federn lassen mussten allerdings die Jungen Nationaldemokraten, denen aufgrund personeller Streitereien der damalige Landesvorsitzende mit mehreren Mitstreitern den Rücken kehrte. Zugenommen hat auch die Zahl der Neonazis auf 180. Seit Ende 1999 wird das Auftreten eines „Nationalen Widerstandes Ruhrgebiet“ beobachtet, wobei sich regelmäßig bis zu 100 Personen (NPD-Mitglieder, Neonazis, Skinheads, Hooligans) versammelten. Gefestigt habe sich die „Sauerländer Aktionsfront“, auch „Nationaler Widerstand Siegerland/Sauerland“.

Die deutlich höhere Zahl der militanten Rechtsextremen und Skinheads mit 680 (vorher 410) wird vom Landesamt nicht mit personellem Zuwachs, sondern mit einer neuen Zählweise begründet. Angestiegen sind auch in Nordrhein-Westfalen die rechtsextremen und fremdenfeindlichen Gewaltdelikte auf 87 Vorfälle, darunter ein Tötungsdelikt und 77 Körperverletzungen. Rückläufig sind die rechtsextremen und fremdenfeindlichen Straftaten mit insgesamt 1.277 (1998: 1.481) Vorfällen. Zurückgegangen sind auch die antisemitisch motivierten Straftaten auf 127 Delikte (165), allerdings gab es dabei zwei Gewalttaten gegen Personen.

G.N.

Aktivitäten

Deftige Wortgefechte

Der Chemnitzer SPD-Oberbürgermeister ist ins Visier der Republikaner geraten.

Die Bemerkung „Sie sind ein Arschloch“ wurde im Chemnitzer Stadtrat laut Protokoll mit „Bemerkungen, Beifall im Saal“ zur Kenntnis genommen. Diese subjektive Zusammenfassung des politischen Erscheinungsbildes des einzigen Republikaner-Abgeordneten in der Kommunalvertretung, dem 22-jährigen Jura-Studenten Martin Kohlmann, traf der Oberbürgermeister Peter Seifert (SPD).

Aktueller Anlass waren Äußerungen Kohlmanns, der an seinem Abgeordnetenbüro zeitweilig einen Aufkleber mit Jörg Haider und der Aufschrift „Mein Freund ist Ausländer“ hatte, in der Fragestunde am 8. März. Drei Tage zuvor war der Bombardierung der kriegswichtigen Industriestadt im 2. Weltkrieg, unter anderem mit einer Rede des OB, gedacht worden. Dabei erinnerte Seifert daran, dass mit dem Beschuss von Chemnitz die von Deutschland ausgehenden Kriegsgräuere zurückgekehrt waren. In der Stadtratssitzung meinte der REP dazu: „Denn Sie haben zwar sehr ausführlich über deutsche Verbrechen geredet (...) der fürchterliche Massenmord aus der Luft, (...) dem wir an diesem Tag eigentlich gedenken wollten, der wurde von Ihnen geradezu verniedlicht. Diese Rede kann nur als Verhöhnung der Opfer verstanden werden.“ Die formale Frage, wer denn die Rede „anlässlich des 55. Jahrestags des terroristischen Bombenangriffs“ für das Stadtoberhaupt geschrieben habe, quittierte Seifert dann mit der zitierten deftigen Bemerkung.

Von der Anwesenheit von etwa 15 Jugendlichen mit Kohlmann am Gedenktag auf dem städtischen Friedhof, weiß Axel Bückrom. Der Chemnitzer SPD-Vorsitzende berichtet gegenüber BNR von Aktivitäten der REP, einen parteinahen Jugendverband aufzubauen.

Eine Weile hatte der rechte Abgeordnete allerdings gebraucht, ehe er nach der Kommunalwahl im Juni Tritt fassen konnte. Ende des Jahres beantragte er für eine Stadtratssitzung das Thema „Anti-Wehrmachts-Ausstellung“. Die notwendigen Unterstützer-Unterschriften holte er sich aus dem bürgerlichen Lager. „Es sind Titel und Thematik so gewählt worden, dass die Ausstellung nur ein falsches Geschichtsbild vermitteln kann“ so Kohlmann in seiner Rede im Februar. Die Methodik der Ausstel-

lungs-Macher seien „im Prinzip Goebbels-Methoden“, so der Abgeordnete. Man müsse aber auch „die noch schlimmeren Verbrechen der SS“ zeigen und „auch die der Roten Armee, die denen in nichts nachstehen.“ Und die Bilder der „militärisch völlig sinnlosen Massaker an einer wehrlosen Zivilbevölkerung durch den alliierten Bombenterror in Dresden, Hiroshima, Nürnberg und nicht zuletzt auch in Chemnitz“ gehörten ebenfalls in solch eine Exposition. Als nach diesen Ausführungen die Fraktionen von SPD und PDS den Saal wieder betraten, bemerkte der Oberbürgermeister etwas neidisch: „Ich bedaure, dass ich als Vorsitzender dieses Stadtrates gezwungen war, während der ganzen Zeit anwesend zu sein.“

Anfang März wurde dann mit der „Arschloch“-Bemerkung die ganze Unverträglichkeit deutlich. Kohlmann selbst meinte, er werde keine Anzeige erstatten. Doch am 22. März erklärten Steven Köhler (Schriftführer) und Mirko Müller (Jugendbeauftragter), sie hätten eine Anzeige gestellt, da alle Mitglieder des REP-Kreisverbands Chemnitz beleidigt worden seien. Und ein „Peter (nicht Seifert!!!)“ aus Chemnitz schrieb im Forum auf der Homepage der sächsischen REP: „So wie sich dieser Seifert offenbart, erinnert das an die Nazi-Zeit.“ Darunter machen sie es nicht mehr.

Die Situation eskaliert, als Ende April bekannt wird, dass Seifert anonyme Anrufe und Schreiben mit Morddrohungen erhalten hat. „Du Schwein, wir bringen dich zur Strecke.“ Vor seiner Wohnung war Seifert von einem Motorradfahrer abgepasst worden, der ihm in ähnlicher Weise drohte.

In einer Presseerklärung distanzieren sich sowohl Kohlmann als auch sein Bundesvorsitzender Schlierer von diesen Vorkommnissen, allerdings meinte Letzterer, es wäre durchaus möglich, „dass diese anonymen Drohungen inszeniert worden seien“. Doch hatte bereits ein „Roland“ am 11. März im sächsischen REP-Forum unmissverständlich verkündet: „Was der (Seifert) praktiziert ist alter Stalinismus in Reinkultur. Solche Leute müssen schnellstens entfernt werden. Im Index steht er schon...“

Inzwischen ermittelt der Oberstaatsanwalt gegen Seifert wegen seiner öffentlich geäußerten Einschätzung Kohlmanns sowie gegen eine Lokalzeitung, deren Kommentator den OB diesbezüglich einen „Mann mit Zivilcourage“ nannte, die „in unserer Gesellschaft längst nicht selbstverständlich sei“. Auch wenn Kohlmann abstreitet, die Anzeigen gestellt zu haben, deuten auch hier die Forum-Einträge auf sein direktes Umfeld. *Lukas Kilian*

Ausland**Flügellahmer Chef**

Le Pen sammelt die „alte Garde“ um sich und verprellt den Nachwuchs. Die bürgerliche französische Rechte erstarkt durch Überläufer aus den Reihen des FN.

Staunenswerte Dinge erfährt man aus dem Munde des Redners. So hört der verblüffte Zuhörer, dass der Sowjet-Kommunismus nicht tot ist und nie ernsthafte Veränderungen erfahren hat. Nein, er habe lediglich - gemäß einem Plan, den die sowjetischen Führer bereits Ende der 70er Jahre ausgearbeitet hätten - unter Gorbatschow eine „Verkleidung“ durchgemacht, um mit dem Kapitalismus zu fusionieren. Gemeinsam seien der „vaterlandslose Kapitalismus“ einerseits und der „internationale Neokommunismus“ nunmehr daran, an der Errichtung einer „Weltregierung“ zu arbeiten. Ziel sei „die Zerstörung der Nationen“, Nutznießer des Ganzen seien „das Freimaurertum“ und „die Hochfinanz“. Die entstehende Neue Weltordnung bedeute Entindustrialisierung, Arbeitslosigkeit und Zerstörung der vorhandenen Ökonomien, „überall außer in den USA und in Israel.“

Der solche Verschwörungstheorien entwickelt, ist niemand anders als der französische Rechtsextremisten-Führer Jean-Marie Le Pen. Im Alter von bald 72 Jahren führt der Gründer und Chef des Front National (FN) einmal mehr seine Truppen am 1. Mai an, um der „Nationalheiligen“ der äußersten Rechten - Jeanne d'Arc - die Ehre zu erweisen, zugleich aber auch den Arbeiterfeiertag von rechts her zu besetzen.

Doch selten waren die Reihen so gelichtet wie in diesem Jahr. Nur an die 3.000 Demonstranten folgten Le Pen am 1. Mai auf den Platz der Pariser Oper, wo der Front National in früheren Jahren oft eine fünfstelligen Zahl von Anhängern mobilisieren konnte. Für Beobachter war offensichtlich, dass die Reihen des Umzugs stark auseinandergezogen waren, mit teilweise nur fünf Nationalfrontisten pro Straßenbreite.

Le Pens großer Rivale innerhalb der französischen extremen Rechten, der 51-jährige Bruno Mégret, hatte noch weniger Masse aufzubieten. Die von ihm seit Anfang 1999 geführte Partei der rechtsextremen „Dissidenten“, der MNR (Mouvement National Républicain, Nationale und republikanische

Bewegung), verzichtete gleich ganz auf das Fußvolk und führte einen Autokorso durch Paris durch - mit gerade mal 200 Automobilen. Im weiteren Verlauf des 1. Mai sammelten die Mégret-Anhänger knapp 1.000 Personen in einem Saal im Pariser Vorort Saint-Denis.

Le Pens diktatorischer Führungsanspruch war unterdessen am Wochenende zuvor noch einmal bestätigt worden. Einstimmig - ohne Gegenstimme und ohne Gegenkandidaten, bei einer Abstimmung mit erhobener Hand - war Le Pen zum FN-Vorsitzenden wiedergewählt worden. Doch der allem Anschein nach zusehends dem Machtrausch und der Borniertheit verfallende Parteichef herrscht heute über ein Ruinenfeld. Nach den jungen, gut ausgebildeten Kadern, die rasch an die Fleischtöpfe der Regierungsbeteiligung gelangen wollten - sie folgten bei der Spaltung Mégret - kehren nun auch die gewaltbereiten Neonazis dem FN den Rücken, frustriert über die in ihren Augen flügellahme Selbstzufriedenheit des alternden Le Pen. Ein Teil der Militanten war bereits 1999 Mégret gefolgt.

Auf der FN-Demo am Montag wurden kurzfristig Hiebe zwischen Neonazis und dem Ordnerdienst des FN ausgetauscht. Vorausgegangen war ein Aufruf der Ultraradikalen, sich am Vormittag dem Aufmarsch unter Le Pen und am Nachmittag desselben Tages der Saalveranstaltung mit Mégret anzuschließen. Frevel, befand Le Pen: wer Kontakt zu dem „Hochverräter“ und seinen Anhängern pflegt, gehört hinaus geworfen.

Am letzten Aprilsonntag war der Chef der Jugendorganisation FNJ, Guillaume Luyt, mitten auf dem FN-Kongress zurückgetreten, enttäuscht über einen „Parteitag des Konservatismus und der Bonzen“. Hintergrund ist, dass dem FNJ-Chef kein Platz mehr im Politischen Büro des FN (dem obersten Führungsgremium der Partei) reserviert war, während zugleich der Le Pen-Vertraute Farid Smahi Einzug in dieses Organ hielt. Smahi stammt aus der sogenannten „Harki“-Bevölkerung - diese umfasst jene Personen, die im Unabhängigkeitskrieg Algeriens auf Seiten der Kolonialmacht Frankreich kämpften und nach 1962 aus dem Land vertrieben wurden. Den „Harkis“ einen Platz in seiner Partei einzuräumen, ist für Le Pen nichts Neues. Während des Algerienkriegs Abgeordneter der französischen Nationalversammlung und einer der bedingungslosen Verteidiger der Präsenz in Algerien, ist er den ehemaligen kolonialen Hilfstruppen in der Nostalgie für das frühere „Empire“ verbunden.

Unter historisch jüngeren Strömungen der extremen Rechten, die erst nach dem Ende des Kolonialreichs aufkamen oder aber einem strikten Rassebiologismus verbunden sind, stößt diese postkoloniale Integrationspolitik (derzufolge die ehemaligen Hilfstruppen, durch ihr Eintreten für Frankreich, sich einen Platz in der Nation „verdient“ haben) jedoch auf Ablehnung. Dies gilt für die jungen Neonazis, denen ein großer Teil des FNJ angehört und denen auch Guillaume Luyt zumindest nahe steht. In seiner Rücktrittserklärung zog Luyt eine Parallele zwischen der Tatsache, dass „die Jugend“ nicht mehr im FN-Politbüro vertreten sei, und der Beförderung eines „Arabers“ in dieses Gremium. Dasselbe gilt für die neu-heidnischen, rassebiologisch ausgerichteten Strömungen, die oftmals von der intellektuellen „Neuen Rechten“ beeinflusst sind. So besteht heute einer der Hauptunterschiede zwischen dem Diskurs des Rumpf-FN und des MNR darin, dass beim FN eine Art paternalistischer und postkolonialer Integrationismus überwiegt (jene Ausländer, die für uns nützlich sind und/oder sich ihren Platz verdient haben, sind in die Nation integrierbar), während beim MNR ein strikt biologischer Determinismus vorherrschend ist.

Innerhalb des FN scheint unterdessen eine innerparteiliche Konzentration rund um die katholisch-fundamentalistische Strömung stattzufinden. So begrüßte deren Spitzenmann Bernard Antony den Rücktritt Luyts öffentlich mit den Worten: „Der Kongress hat erlaubt, dem Front National eine verstärkte Kohärenz auf der Basis eines katholischen Nationalismus zu geben. Mit diesem Rücktritt sind wir die letzten Repräsentanten der rassistischen Neuen Rechten los.“ Vor allem aber hat der jüngste Kongress einen Konzentrationsprozess innerhalb der Parteispitze gezeigt, rund um die „alte Garde“ der Weggefährten Le Pens noch aus Zeiten der Kolonialkriege oder der frühen 70er Jahre. Mit 24 von 40 Köpfen ist der Anteil der „alten Garde“ unter den Mitgliedern des FN-Politbüros heute gegenüber den Vorjahren noch angestiegen.

Nostalgie ist somit eher angesagt als die Suche nach politischen Bündnisstrategien gegenüber bürgerlichen Kräften, für die der MNR seinerseits offen bleibt. So durfte auf der Tribüne des FN-Kongresses einer der internationalen Gäste, ein Europaparlamentarier des italienischen Rest-MSI (der die Umwandlung zur Alleanza Nazionale nicht mitgemacht hat), unter starkem Applaus der Delegierten Mussolini zitieren: „Lieber einen Tag als Löwe leben, denn 100 Tage als Schaf.“

Beide Hälften des gespaltenen französischen Rechtsextremismus verfolgen unterschiedliche Strategien, um aus den aktuellen Niederungen herauszukommen. Der MNR setzt einerseits auf den Vorbild-Effekt der österreichischen Regierungskoalition und streicht heraus, die Mégret-Partei bilde die spiegelgetreue französische Entsprechung zur Partei Jörg Haider. (Für den FN hingegen ist der ehemalige FPÖ-Chef tendenziell ein Verräter, der seine Ideen für ein paar Ministersessel verkauft; FN-Politiker Carl Lang bezeichnete im Februar die FPÖ als „Trittbrett und Fußabstreifer für die Konservativen“.) Daneben will der MNR vor den französischen Kommunalwahlen im März 2001 intensiv das örtliche Terrain beackern, in soziale Konfliktherde eingreifen und Bündnismöglichkeiten mit rechten Kräften auf lokaler Ebene ausloten.

Le Pen hingegen will auf lokale Bündnisangebote der Mégret-Anhänger keinesfalls eine positive Antwort seiner Parteigänger zulassen. Für Jean-Marie Le Pen bleibt, stärker noch als früher, einzig die Präsidentschaftswahl von Interesse, da diese einer „starken Führerpersönlichkeit“ auf den Leib geschnitten scheint. Im Jahr 2002 will er sich daher noch einmal ins Getümmel stürzen. Von seinen derzeitigen Mandaten im Europaparlament und im Regionalrat von Marseille wurde Le Pen jedoch infolge seiner strafrechtlichen Verurteilung soeben enthoben. Für eine als Führerpartei auf Le Pen zugeschnittene Partei droht dem FN damit eine vorübergehende, symbolische Abwesenheit von jeglicher parlamentarischen Bühne.

Mit Le Pen deswegen solidarisiert haben sich mittlerweile drei Europaparlamentarier der national-konservativen Fraktion um den französischen Ex-Innenminister Charles Pasqua und den rechtsextremen Katholiken Graf de Villiers, der im Übrigen auch die italienischen Postfaschisten um Gianfranco Fini angehören. Der „dissidente“ Gaullistenpolitiker Pasqua ist, Informationen der Tageszeitung „Le Parisien“ zufolge, mit dem FN-Europaparlamentarier Jean-Claude Martinez in dieser Sache zusammengetroffen. Die Begehrlichkeiten wachsen auf dem rechten Rand des bürgerlichen Lagers, Wähler und möglicherweise auch einzelne Kader zurückzugewinnen. Von 275 FN-Abgeordneten der Regionalparlamente, die 1998 gewählt wurden, sind heute bereits 23 zur konservativen Rechten übergelaufen. Im Regionalparlament von Marseille droht deswegen die sozialistische Minderheitsregierung zugunsten einer erstarkten (bürgerlichen) Rechten zu kippen. *Bernhard Schmid*

Ausland**Eine rechte Karriere**

FPÖ-Minister Michael Schmid beschäftigt einen Mitarbeiter mit zweifelhaften politischen Sympathien.

Ministersekretär Gerhard Sailer, im Büro von FPÖ-Infrastrukturminister Michael Schmid zuständig für Fragen des Schienenverkehrs, hat enge Kontakte ins rechtsextremistische Milieu.

Zuletzt griff er für die Februar-Ausgabe der rechtsextremen Monatszeitschrift „Fakten“ zur Feder. In seinem Beitrag „Ein programmierter Flop?“ hetzt er gegen die alte SPÖ/ÖVP-Koalition: „Das verbliebene rot-schwarze Linksregime hat bis in die letzten Tage seines unseligen Wirkens eine ‘Politik der verbrannten Erde’ betrieben und war nach Kräften bemüht, seinen bürgerlichen Nachfolgern ein möglichst unsanierbares Staatswesen zu hinterlassen.“ Herausgegeben wird „Fakten“ von der rechtsextremen Kleinpartei Kritische Demokraten. Vorsitzender ist Horst Jakob Rosenkranz, einst Kader der NDP, Spitzenkandidat der Liste „Nein zur Ausländerflut, die wegen NS-Wiederbetätigung nicht zur Nationalratswahl zugelassen wurde.“

Auch in den Wochenzeitungen „Junge Freiheit“ und „Zur Zeit“ ist Sailer ein gern gesehener Autor. In der JF schwadronierte er von den „Schmutzkübeln der linken Medien- und Politikmafia“ und sprach vom „persönlich untadeligen Adolf von Thadden“, dem einstigen NPD-Bundesvorsitzenden. Für die JF rezensierte Sailer („Das Spinnennetz der ‘Antifa’-Mafia“) das 1997 erschienene österreichische Neonazi-Machwerk „Das Antifa-Handbuch“. Herausgeber des auch vom NPD-Verlag Deutsche Stimme vertriebenen Bandes ist der einstige Schatzmeister der verbotenen Wiking-Jugend, Hans Jaus. Im „Antifa-Handbuch“ werden demokratische Personen und Organisationen inquisitorisch an den Pranger gestellt. Gegen den mutmaßlichen Hauptautor, Robert Dürr, Anführer der eng mit der NPD kooperierenden Partei Neue Ordnung (PNO), ermitteln die Behörden deshalb wegen NS-Wiederbetätigung. Sailers Empfehlung in der JF: „Das Antifa-Handbuch“ sollte zur „Pflichtlektüre jedes kritischen Demokraten gehören“. Es entlarve die „personelle Zusammensetzung der heimischen Eliten und bringt ans Tageslicht, wie wenig die Herrschaftsstrukturen der

2. Republik die tatsächliche Gesellschaftsstruktur Österreichs widerspiegeln, sondern vielmehr durch die schrankenlose Diktatur kleiner Minderheiten gekennzeichnet sind.“

Kontakte ins rechtsextreme Spektrum unterhält Sailer schon seit Jahrzehnten: 1977 unterstützte er die Kandidatur der Aktion Neue Rechte (ANR) bei den Wahlen zur österreichischen Hochschülerschaft und war nachweislich 1981 selbst Mitglied dieser Neonazi-Truppe. 1986 gehörte Sailer dem Wahlkomitee des Präsidentschaftskandidaten Otto Scrinzi (einst Mitglied der SA und der NSDAP), dem führenden Kopf des deutsch-nationalen Lagers in Österreich, an.

Anton Maegerle

Aus der Szene**Virtuelle Drohungen**

Der jüngst wegen einschlägigen Propagandadelikten, Betrug und einem Mordaufruf im Internet zu einer zweijährigen Haftstrafe auf Vorbewährung sowie 200 Arbeitsstunden (vgl. BNR 7/2000) verurteilte neonazistische Skinhead Dennis Entenmann (21) ist auch weiterhin im Internet aktiv. Seine virtuelle Neonazigruppe „Deutscher Freundeskreis Schwaben“ (DFS), nach Angaben von Kennern der Szene eher eine Ein-Mann-Show, hat eine neue Internetadresse bei einem Provider in den USA gefunden.

Die neuen Seiten des DFS verzichten auf die zweifelhafte Selbstbezeichnung als baden-württembergischer Ableger des Bündnis Rechts für Lübeck. Beibehalten wurde dagegen die Geschäftsbeziehung zum Hagener RK Druck und Vertrieb von Rüdiger Kahsner, für den der DFS mit „Aufkleber, Plakate, Propaganda“ wirbt. Kahsner mobilisierte in der Vergangenheit namens des „Aktionskomitees Rudolf Heß“ zum bundesweiten Heß-Gedenkmarsch. Seine Druckerei ist Bestelladresse für die vom DFS angebotenen Aufkleber und Propagandamittel, darunter zahlreiche Motive, die Entenmann auch unter dem Namen „Aktionsfront Bärensee“ verbreitete. Integriert in die neuen DFS-Seiten ist ein Diskussionsforum, in dem die seit längerer Zeit währende Auseinandersetzung zwischen JN-Mitglied Ziller aus Kornwestheim, der das Skinzine „Kettensprenger“ herausgibt, und Entenmann, der dort früher arbeitete, eine virtuelle Fortsetzung findet, die dank Preisgabe von Adressen und eindeutige Aufforderungen („Nur ein toter ZILLER ist ein guter ZILLER“) durchaus zu realen Konsequenzen führen kann.

Rudolf Kleinschmidt

Aktivitäten**Arbeit für Deutsche**

Dass am 1. Mai in Sachsen etwas passieren würde, war frühzeitig klar. Von Anfang an stand die Kleinstadt Grimma, in der Nähe von Wurzen, als Veranstaltungsort für die NPD fest. Ende April war dann von weiteren Städten die Rede. Doch lediglich Dresden sollte als zweiter Ort den Neonazis zum 1. Mai zur Verfügung stehen.

Während der Demonstration in Grimma ein durch die Landesvorstände von Jusos und Grünen unterstützter antifaschistischer Aufzug gegenüber stand, wurden die 250 rechten Teilnehmer in Dresden von einem etwa gleichgroßen Spektrum linker Widersacher begleitet.

Zwei Tage zuvor konnte man schon mal üben, als die „Interessengemeinschaft für die Wiedervereinigung Gesamtdeutschland e.V.“ (IWG) zum wiederholten Mal am letzten Samstag des Monats demonstrieren wollte. Es blieb beim Wollen, da mit maximal 30 Anwesenden es nur zum Trauermarsch gereicht hätte. War die NPD ziemlich sauer, dass die IWG zwei Tage vor dem 1. Mai aufmarschieren wollte, so war dann doch einer da, der als abgeschrieben galt: Ronny Thomas, bis 1998 Vorsitzender des KV Dresden. Im Mai des Jahres hatte er zusammen mit anderen einige Camper übel zugerichtet und mit Rottweilern in einen See gejagt. Daraufhin wurde ihm der Prozess gemacht, der mit einer Freiheitsstrafe bis Ende 1999 beschlossen wurde. Offiziell distanzierte sich die NPD von ihm, betreut wurde er in dieser Zeit von der HNG. Nun ist er wieder da. Und bei beiden Demonstrationen hatte es den Anschein, er sei immer noch gut in die Szene integriert.

Das Thema „Arbeit zuerst für Deutsche“ mobilisierte neben der eigenen Klientel auch Republikaner, Freie Kameradschaften, die Betreiber des Café Germania oder auch Blood&Honour Süd-Brandenburg. Was man unter dem auf einem zentralen Transparent zu lesenden Spruch „Deutscher Sozialismus ist machbar“ zu verstehen hat, wurde eher am Rande deutlich. Ein junger Mann, der zwei Tage zuvor noch das T-Shirt „Militant für Deutschland“ trug, zeigte nun das Schild „Hearty welcome in jewnited europe“. So war in der Abschlussrede von Jürgen Distler am Elbufer eine Kritik von rechts an der Green-Card zu hören. Dem allen, so der Chefredakteur der Deutschen Stimme, könne nur im nationalen Zusammenschluss der „Arbeiter der Stirn und der Faust“ begegnet werden. *L.K.*

Demokratische Initiativen**Klima gegen rechts**

Die Neonazi-Machenschaften in Hamburg und dem dortigen Umland haben die Gewerkschaften auf den Plan gerufen. Neben örtlichen Engagements wurde jetzt von der IG Metall (Bezirk Küste), der ÖTV (Bezirk Nord) und der DGB-Jugend Nord ein achtseitiges Faltblatt entworfen mit dem Titel „jetzt handeln“. Darin setzt man zum einen auf Aufklärung, zum anderen auf Handlungsperspektiven gegen rechtsextreme Umtriebe und Gewalt.

Ausführlich vorgestellt wird das „Bündnis gegen Neonazis“ in Elmshorn, wo seit Monaten terrorisiert wird. Die rechten Propagandisten werden dabei im Umfeld des „Hamburger Sturms“ ausgemacht, zu dem laut dem Faltblatt „jetzt handeln“ Christian Worch, Thomas Wulff und Torben Klebe (alle Hamburg) sowie Klemens Otto (Elmshorn), Peter Borchert (Kiel) und Jan Steffen Holthausen (Neumünster) zu zählen sind.

Dazu wird in der Mini-Broschüre in DIN-A4-Form das Wirken der sogenannten „Freien Nationalisten“ vorgestellt und deren Netzwerk in Norddeutschland beschrieben, das überregional über Landesgrenzen hinaus, ja sogar international arbeitet. Der bewaffnete Kampf wird in dem Neonazi-Blatt „Hamburger Sturm“ ausdrücklich begrüßt. Eingebunden in die Strukturen der Rechtsextremisten sind dabei Aktivitäten im Internet und Konzertveranstaltungen beziehungsweise der Handel mit rechtsgerichteter und antisemitischer Musik. Ein Exkurs über die Verhältnisse in Schweden soll aufzeigen, wozu der militante Terror von rechts führen kann. Im vergangenen Oktober wurde dort ein Gewerkschafter von militanten Neonazis regelrecht hingerichtet.

Dementsprechend fordert in der Broschüre „jetzt handeln“ der Göttinger DGB-Chef Sebastian Wertmüller ein klares Agieren der Verantwortlichen. In Bezug auf Demonstrationen meint er: „Rechte Aufmärsche dürfen nicht länger nur aus formalen Gründen verboten werden“. Er fordert von der Politik, „Nazidemonstrationen grundsätzlich zu verbieten“. In der informativen Broschüre wird abschließend festgehalten, dass mit Aufklärung, Bildung und Kulturarbeit ein „demokratisches Klima“ gegen rechts erzeugt werden kann. Als beispielhaft wird dabei die Initiative „Bund gegen Braun“ in Mecklenburg-Vorpommern erwähnt. *Horst Freires*

Die Broschüre ist erhältlich bei der DGB-Jugend-Nord, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg.

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten**

„Junge Freiheit“ (JF), 15. Jg., Nr. 18, 19/2000: Viel Beifall erhält der umstrittene Hamburger Amtsrichter Ronald Schill, der mit seinen Law-and-Order-Parolen in die Politik gehen will. Zu dessen dienstlicher Versetzung wird denn auch gleich der Begriff „Ausschaltung“ wie im Dritten Reich herangezogen. (18/00). Aus Anlass der fortdauernden Erwähnung der JF im NRW-Verfassungsschutzbericht, womit die JF stellvertretend für „die Oppositionsparteien und das ganze bürgerliche Lager unter einen politisch-korrekten Repressionsdruck“ gesetzt werden solle, werden Auszüge aus dem aktuellen Bericht zitiert. FDP-Rechtsableger Alexander von Stahl rechnet mit „den kleinen Metternichs aus NRW“ ab und kritisiert die Behörden, „Manipulation“ in Bezug auf die in der JF erschienenen Texte betrieben zu haben. (18/00). Josef Schüßlburner wirft in der Folge-Ausgabe dem Verfassungsschutz vor, „amtliche ideologische Feinderklärung“ zu praktizieren und plädiert indirekt für dessen Abschaffung (19/00). Den Thesen des Historikers Helmut Schnatz, der die von Überlebenden des „völkermörderischen Terrorangriffs“ behaupteten Tiefflieger-Angriffe der Alliierten auf Dresden durch Fakten widerlegt, wird zwar nicht widersprochen, entgegen gehalten werden aber die übrigen Opfer „zwischen Flensburg und Passau“, die den britischen und US-amerikanischen Piloten „als Zielscheiben dienten“. Auch bei Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, der „penetrant auf die ‚moralische Notwendigkeit‘“ der Zwangsarbeiterentschädigung poche, sei nie von deutschen Opfern die Rede, zitiert die JF den CDU-MdB Martin Hohman. Kritik muss der Historiker Hans Mommsen einstecken, der eine Ausstellung über die Weiße Rose an der Ulmer Volkshochschule eröffnet habe (18/00). Als JF-Autor taucht Claus Nordbruch auf, der die Entschädigungsleistungen für Zwangsarbeiter generell ablehnend diffamiert (19/00). Den Holocaust als „handfeste Komponente der US-amerikanischen Politik“ sieht JF-Autor Ivan Denes in seinem Beitrag, in dem die verschiedenen Strömungen des - amerikanischen - Judentums charakterisiert werden. Hoffnungsträger Jörg Haider bilanziert im JF-Gespräch mit Andreas Mölzer seine 15 Jahre als FPÖ-Parteivorsitzender und verweist darauf, dass er jetzt in Kärnten richtungsweisende Politik machen wolle, die zeige, dass Veränderungen möglich seien (19/00) (gn)

Bücherschau**Haider im Blickfeld**

In einem von Hans-Henning Scharsach herausgegebenen Sammelband untersuchen die Autoren unter anderem die rechtsextremen Positionen des Ex-FPÖ-Vorsitzenden und seiner Partei. Die Journalistin Christa Zöchling stellt dagegen mehr das Psychologische in den Vordergrund.

Wer ist Haider? Woher kommt seine Partei? Wer sind ihre Wähler? Wer hat Haider gemacht? Und wo steht dieses Österreich? Diese Fragen beantworten will der Sammelband „Haider. Österreich und die rechte Versuchung“, den der Journalist Hans-Henning Scharsach herausgegeben hat. Der Autor zweier bekannter Haider-kritischer Bücher, „Haider Kampf“ und „Haider Clan“, nahm darin 19 Beiträge von Journalisten, Künstlern und Wissenschaftlern zu den unterschiedlichsten Themenkomplexen auf. Hierzu gehören Beiträge zum historisch politischen Hintergrund in Österreich, zu den europäischen Reaktionen auf die Regierungsbeteiligung der FPÖ und zur Rolle der ÖVP bei deren Etablierung ebenso wie zur politischen Geschichte der FPÖ und ihrer Politik, zur Person und zu den Positionen Jörg Haiders sowie zur Wählerschaft der Partei.

Angesichts der nicht nur inhaltlich, sondern auch methodisch ganz unterschiedlichen Beiträge kann eine zusammenfassende Bewertung nur schwer vorgenommen werden: Persönliche Reflexionen wechseln sich mit journalistischen Beschreibungen und wissenschaftlichen Aufsätzen ab. Auch gibt es in den Bewertungen Unterschiede: Während einige Autoren eine Einschätzung vermeiden, betonen andere wiederum den eindeutig rechtsextremistischen Charakter von Person und Partei. In dieser Hinsicht aufschlussreich ist der Beitrag von Brigitte Bailer, Wolfgang Neugebauer und Heribert Schiedel, der eine Zusammenfassung und Aktualisierung früherer Studien der Autoren bringt und hier eindeutig von einem rechtsextremistischen Phänomen spricht. Gleiche Auffassungen formuliert Herausgeber Scharsach in zwei Beiträgen bezogen auf das „Bekenntnis zur sozialen Volksgemeinschaft“ und die Herkunft von Neonazis aus der FPÖ. Beachtung verdient darüber hinaus die Analyse der Wählerschaft von Fritz Plasser und Peter A. Ulram,

wobei manche Schlussfolgerungen allerdings auch anders gedeutet werden können. Die von Hella Pick vorgenommene vergleichende Betrachtung von Haider mit dem früheren völkischen Wiener Bürgermeister Karl Lueger liefert interessante und diskussionswürdige Erkenntnisse über das Phänomen. Dem gegenüber stehen einige kürzere Artikel wie die von Elfriede Jelinek und Werner Schneyder mit allgemeinen Kommentaren, die weder inhaltlich noch analytisch Interessantes bieten. Allerdings werten sie den Sammelband nicht in Gänze ab, enthält er doch zahlreiche interessante Beiträge. Hier und da hätte man sich aber auch in ihnen genauere Belege und eine tiefgründigere Erörterung gewünscht. Gleichwohl verdienen sie Interesse als Informationsbasis zu einem aktuellen Thema von grundlegender politischer Bedeutung.

Den politischen Weg von Jörg Haider beschreiben und deuten will die Journalistin Christa Zöchling, die als innenpolitische Redakteurin beim österreichischen Nachrichtenmagazin „profil“ arbeitet. Die Informationsbasis für ihr Buch „Haider. Licht und Schatten einer Karriere“ stellen neben zahlreichen Presseberichten eine Reihe von Interviews dar. Zöchling sprach nicht nur mit Haider selbst, seiner Mutter und Schwester, sondern auch mit vielen seiner politischen Weggefährten, wozu auch die ehemaligen FPÖ-Vorsitzenden Friedrich Peter und Norbert Steger gehörten. Zunächst widmet sich die Autorin dem familiären und politischen Hintergrund von Jugendzeit, seiner späteren Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit und der politischen Karriere als Student in den sechziger Jahren und danach in der Kärntner FPÖ. Dem folgen Ausführungen zu seinem Aufstieg als FPÖ-Bundesparteiobermann, seinen politischen Prägungen, dem Umgang mit Parteifreunden und der von ihm ausgehenden Gefahren für die etablierte Politik in Österreich.

Eine deutende Interpretation nahm Zöchling bereits im ersten, bezeichnenderweise „Der Kommödiant und das Theater“ betitelten Kapitel vor, wo es wörtlich unter anderem heißt: „Er ist ein Verführer, verspielt und schwer zu fassen, weil scheinbar jede beliebige Meinung eine Zeit lang bei ihm eine Heimat finden kann ... Er ist die trivialisierte Variante einer romantischen Figur, rückwärtsgerichtet und dennoch zu früh gekommen, ein einsamer Wolf, der unbeirrt eine Mission erfüllt. Die Frage ist bloß: welche?“ (S. 8). Und weiter: „Wer keine anderen Bindungen hat außer die an sein Ego, ist tatsächlich in der privilegierten Position eines

Mannes, der nichts liebt außer sich selbst, der alles wagen kann, was allein zwischen ihm und dem Tod liegt“ (S. 22).

Wie diese Sätze verraten, nimmt Zöchling eher eine psychologische Interpretation, denn eine politische Analyse vor. Dadurch entsteht zwar ein anschauliches Charakterportrait, das auch die unterschiedlichen Handlungsweisen Haiders nachvollziehbar macht. An einer Deutung des mit seiner Person verbundenen politischen Phänomens mangelt es aber. Zwar thematisiert Zöchling immer wieder entsprechende Aspekte, wie etwa die Forderung nach direkter und die Ressentiments gegenüber repräsentativer Demokratie, veranschaulicht auch den funktionalen Nutzen dieser Position für die Erlangung von politischer Macht (vgl. S. 20), aber all diese Darstellungen und Deutungen gehen nicht in eine systematische Analyse und Bewertung ein. So verwundert es nicht, dass sich die Autorin einer Bewertung Haider hinsichtlich der Frage, ob er als Rechtsextremist einzuschätzen ist oder nicht, verweigert. Letzteres mag dadurch entschuldbar sein, dass es sich um keine politikwissenschaftliche, sondern eine journalistische Arbeit handelt. Als solche ist sie anschaulich geschrieben und interessant aufgemacht, allerdings nur mit begrenztem Erkenntnisgewinn hinsichtlich der Einschätzung und dem Verständnis des politischen Phänomens Haider. **Armin Pfahl-Traugher, Hans-Henning Scharsach (Hrsg.), Haider. Österreich und die rechte Versuch, Reinbek 2000 (Rowohlt-Verlag), 285 Seiten, 16,90 Mark.**

Christa Zöchling, Haider. Licht und Schatten einer Karriere, Wien 1999 (Molden-Verlag), 222 Seiten, 41 Mark.

Hinweis

Hamburg - Bis 12. Juni ist im Museum für Hamburgische Geschichte die Ausstellung „Ein KZ wird geräumt“ zu sehen. Es geht dabei um die Räumung des KZ Neuengamme durch die SS im Frühjahr 1945. Rund 15 000 Menschen kam bei dieser Säuberungsaktion qualvoll ums Leben. Nach der Räumung des KZs und rund 80 Außenlagern bewegten sich etliche Trecks mit Häftlingen durch Norddeutschland. Es ist die Geschichte der Todesmärsche. Aber auch zusammengepfercht wie Vieh rollten Bahn-Waggons mit KZ-Gefangenen durch die Lande. All dies wird jetzt in der recht textlastigen Ausstellung dokumentiert. Dabei kommen auch die Täter von einst zu Wort: Obenan steht dabei der Befehl Heinrich Himmlers: „Kein Häftling soll lebend in die Hände des Feindes fallen“.

Meldungen 10**Inland**

■ **Berlin** - Die NPD rüstet zum Tag des „2. Nationalen Widerstandes“ am 27. Mai in Passau. Quer durch die Republik werden dazu Busgemeinschaftsfahrten nach Passau angeboten, die jeweils unter einer Kontakttelefonnummer zu erfragen sind. Als Redner auf der Veranstaltung, die unter dem Motto „Bewegung muss Partei ergreifen“ stattfinden, sind der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt, der rechtsextreme Publizist und Altnazi Wilfried von Oven und der unvermeidliche Horst Mahler angekündigt. Für die musikalische Erbauung sorgen neben anderen der braune Barde Frank Rennie und „Stigger“, Ex-Gitarrist der rechten Kultband „Screwdriver“. Im Februar 1998 hatten sich rund 4.000 Teilnehmer bei einer ersten NPD-Veranstaltung in der Passauer Nibelungenhalle eingefunden.

■ **Berlin** - Das Internet-Auktionshaus eBay (s. BNR 9/2000) bietet auch im Mai weiterhin verbotene rechtsextreme Propaganda an. Darunter unter anderem die antisemitischen Machwerke „Geheimgesellschaften I und II“ von Jan van Helsing. Versteigert werden auch Bücher wie „Adolf Hitler - Bilder aus dem Leben des Führers“ oder „U-977. Geheimfahrt nach Südamerika“, in dem über Hitlers Flucht phantasiert wird.

■ **Berlin** - Angaben der rechtsextremen „Politischen Hintergrundinformationen“ (PHI; Internet-Ausgabe) zufolge hat Franz Schönhuber seinen Führungsanspruch als Kopf einer „neuen deutschen Opposition“, die das bestehende System stürzen müsse, angemeldet. Als ersten Schritt schlug Schönhuber anlässlich der Vorstellung seines neuen Buches „Europas Patrioten, Woher - Wohin?“ in Berlin am 18. April vor, die Berliner nationalen Parteien zu einem „Aktionskreis“ einzuladen. In einem anschließenden Kaminesgespräch soll dann, so PHI, von Schönhuber „die Idee eines Kongresses aller deutschen Rechten“ geboren worden sein.

■ **Berlin** - Die Schlesische Jugend - Bundesgruppe e.V. in Bonn ruft zur Demonstration am 17. Juni in Berlin vor der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche auf. Gefordert wird die „Rücknahme der radikalen Kürzungen im Bereich der Förderung der ostdeutschen Kulturarbeit“ sowie die „neuerliche Vertreibung aus dem öffentlichen Bewusstsein“.

■ **Bruchsal** - Mike Layer, stellvertretender baden-württembergischer NPD-Landesvorsitzender und JN-Landesvorsitzender sowie stellvertretender JN-Bundesvorsitzender, wurde am 3. Mai vom Amtsgericht Bruchsal zu einer Geldstrafe von 2.700 Mark verurteilt. Layer hatte als Versammlungsleiter bei einer NPD-Demonstration am 24. Mai vergangenen Jahres in Bruchsal (s. BNR 11/99), die unter dem Motto „50 Jahre Grundgesetz - Meinungsfreiheit für alle“, stattfand, volksverhetzende Parolen wie „Zecken raus!“ vorgegeben. Angereist waren zu der Demo neben anderen bundesweit bekannte Neonazis wie Oliver Schweigert, Jens Pühse und Christian Hehl. Der Aufmarsch und die Kundgebung wurden per Video- und Tonbandaufzeichnung von der Polizei festgehalten. Layers Verteidiger, der NPD-Bundesvize Hans Günter Eisenecker, kündigte gegen dieses Urteil Revision an. Zuletzt trat Layer als Redner bei der NPD-Veranstaltung am 1. Mai im rheinland-pfälzischen Ludwigshafen in Erscheinung. Vor Ort waren etwa 350 Neonazis.

■ **Düsseldorf** - Ein neuer Neonazi-Devotionalienversand (Schwerpunkt: CD-Vertrieb) unter der Bezeichnung „Hagerland-Versand“ residiert per Postfachadresse beziehungsweise Handy-Nummer in Düsseldorf. Betreiberin ist Melanie Dittmer, eine der wenigen bundesweit bekannten weiblichen Neonazi-Kader. Melanie Dittmer war einst Aktivistin der Deutschen Nationalisten (DN) unter Führung ihres damaligen Freundes Michael Petri. Später engagierte sie sich bei den Jungen Nationaldemokraten.

■ **Hamburg** - Spendabel gerieren sich derzeit die Deutschen Konservativen von Joachim Siegerist und verschicken per Post Geldscheine. Die sind nur leider nichts wert, sondern lediglich das Faksimiledruck einer alten Reichsbanknote. Mit 100.000 Euro ist eine Blüte dotiert und mit dem Bild von Bundeskanzler Gerhard Schröder geschmückt. Suggestiert wird damit, dass 100 DM bald nur noch 100.000 Euro wert sein werden. Das Falschgeld ist bei den Deutschen Konservativen in Hamburg und der Aktion für Deutschland von Heinrich Lummer erhältlich.

■ **Hamburg/Coburg** - „Midgard. Wald, Wasser, Wiesen, ökologischer Land- und Gartenbau in Naturschutzgebiet in Schweden. Welcher Einzelne oder welche Familie möchte auf Zeit oder dauernd als Bauer, Forstwirt, Handwerker, Praktikant in der Holzverarbeitung u.a. mitgestalten?“, heißt es

in einer Anzeige in der Mai-Ausgabe der rechts-extremen Monatszeitschrift „Nation&Europa“. Die angegebene Telefonnummer ist mit der der Rechtsanwaltskanzlei von Jürgen Rieger in Hamburg (Elbchaussee) identisch. Rieger hat 1995 ein 650 Hektar großes Gut in dem südschwedischen Dorf Sve-neby, das 2,2 Millionen DM gekostet hat, gekauft. Seine dort betriebene ökologische Landwirtschaft wird alljährlich in Schweden mit Mitteln aus dem EU-Agrarfonds in sechsstelliger Höhe subventioniert.

■ **Karlsruhe** - Am 6. Mai wurde in der Innenstadt der badischen Metropole Karlsruhe von Jugendlichen ein Theaterstück gegen rechte Gewalt aufgeführt. Dabei kam es durch den mit zwei Messern bewaffneten Neonazi Manfred Huck zu einem Übergriff auf die Jugendlichen und mehrere Zuschauer. Eine Person wurde durch einen Messerstich in die Brust schwer verletzt, einem älteren Mann wurden an der Hand Schnittverletzungen zugefügt. Huck ist seit Jahren in rechtsextremistischen Zusammenhängen aktiv. Er war unter anderem Gründer und Kopf der „Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden“ (ANK). Einen Tag vor der Huck-Aktion randalierten rund 60 Neonazi-Hooligans anlässlich des Zweitliga-Spiels KSC gegen den FC St.Pauli in der Karlsruher Innenstadt. Mobilisiert wurde per „Nationalem Infotelefon“ der „Karlsruher Kameradschaft“ (Szenetreff ist die Gaststätte „Underground“ in der Karlsruher Innenstadt).

■ **Kastel** - Im Bürgerhaus in Kastel bei Wiesbaden veranstalteten die hessischen Jungen Republikaner ihren Landeskongress. Zugegen waren rund 130 Mitglieder und Aktivisten der REP-Nachwuchsorganisation. Hauptredner war der Ex-REP-Bundesvorsitzende Franz Schönhuber, dem vom REP-Nachwuchs der Ehrenvorsitz angetragen wurde. Bereits am 1. Mai letzten Jahres hatte Schönhuber am Rande der traditionellen Demonstration des Front National in Paris Kontaktpflege zu einer angereichten Delegation der Jungen Republikaner getroffen. Neben Schönhuber sprach noch Gottfried Burischek, Generalsekretär der hessischen Republikaner zu den Anwesenden. Er betonte, man solle von der PDS lernen und sich „einen Teufel darum scheren“, ob man im Verfassungsschutzbericht erwähnt werde oder nicht.

■ **Köln** - Der in Südafrika lebende deutsche Rechts-extremist Claus Nordbruch beklagt sich in einem Offenen Schreiben an das Bundesamt für Verfas-

sungsschutz vom 27. April, dass er - wie im Jahr zuvor - namentlich im aktuellen Verfassungsschutzbericht aufgeführt ist. Nordbruch sieht in der Bundesrepublik die Meinungsfreiheit „gefährdet beziehungsweise in manchen Aspekten aufgehoben“. „Horizontweiternd“, so Nordbruch, sollten sich die Verfassungsschützer in dieser Angelegenheit bei seinen „Kollegen“ informieren. Er erwähnt hier ausdrücklich unter anderen Hans-Helmuth Knütter. Nordbruch hält regelmäßig in der Bundesrepublik Vortragsveranstaltungen ab (zuletzt Anfang Mai in Koblenz, Trier, Ahrweiler, Mainz und Ludwigshafen), teilweise auf Einladung der NPD.

■ **Leipzig** - Das 9.Wave-Gotik-Treffen findet an Pfingsten in Leipzig statt. Wie in den Jahren zuvor, treten im Rahmen der Veranstaltung auch ultrarechte bis offen rechtsextremistische Bands und Musiker auf: „Death in June“, „Sol Invictus“, „Allerseelen“ (= Gerhard Petak alias „Kadmon“) und Albin Julius („Der Blutharsch“). Mit dabei ist auch die Band „Von Thronstahl“ um den rechtsextremen Weltverschwörungsfanatiker Josef Klumb (alias „Jay K.“), der erstmals namentlich im aktuellen Verfassungsschutzbericht des Bundes erwähnt wird. Klumb ist Anhänger des rechtsextremen Esoterik-Stars Jan Udo Holey alias Jan van Helsing.

■ **Marburg** - Der Rechtsterrorist Manfred Roeder wurde erneut verurteilt. Das Landgericht Marburg verhängte gegen den 71-Jährigen wegen Volksverhetzung in einem Berufungsverfahren eine Freiheitsstrafe von sechs Monaten auf Bewährung. In der von ihm herausgegebenen und verschickten Schrift „Jahrweiser“ hatte der gerichtsnotorische Neonazi mehrfach NS-Verbrechen verharmlost.

■ **München** - Die DVU des Münchner Verlegers Gerhard Frey sucht finanzkräftige Personen, die ihr Erbe der DVU überlassen wollen. In einem Rundschreiben, das an einen ausgesuchten Kundenkreis verschickt wird, heißt es: „In den nächsten fünf Jahren werden 1,8 Millionen Deutsche zu Erben. Eine Million Häuser wechseln die Besitzer: Aber längst nicht alle haben jemanden, dem sie ihr sauer verdientes Erbe hinterlassen können. ... Wer keine Nachkommen hat, läuft Gefahr, dass der Staat einmal Erbe wird. Aber auch unter Verwandten herrscht oft Zank und Streit. Großmütter und Großväter werden wegen ihrer Tapferkeit im letzten Krieg beschimpft, sie werden verleumdet wegen ihrer politischen Gesinnung.“ „Deshalb“, meint die DVU, „sollte man rechtzeitig Vorsorge treffen“.

Die DVU habe „sich immer für die Ehre der Soldatengeneration eingesetzt. Unsere Väter waren keine Verbrecher! Ihnen ist das großartige Aufbauwerk nach dem Krieg zu verdanken. Wer die DVU als Erbe oder Teilerbe einsetzen möchte, kann sich vertraulich an die DVU-Rechtsabteilung“ wenden. Es fehlt auch nicht der abschließende Hinweis, dass die DVU von der Erbschaftssteuer befreit sei.

■ **Villingen** - Zu einem „patriotischen Sommerfest“ im Schwarzwald am 15. Juli lädt Jürgen Schützinger, Kreisrat und Bundessprecher der Deutschen Liga für Volk und Heimat. Anmeldungen laufen über seine Anschrift in Villingen/Schwenningen.

Ausland

■ **Österreich (Wien)** - Der notorische Holocaustleugner Wolfgang Fröhlich, hat sich der Verhaftung durch die österreichische Polizei entzogen und in der iranischen Botschaft in Wien um politisches Asyl nachgesucht. Fröhlich, gegen den wegen NS-Wiederbetätigung ermittelt wird, musste sich nach Auffassung der offen antisemitisch agierenden „Ostara“-Mailingliste („b-forum“) deshalb der Haft entziehen, da er im Gefängnis „genau wie im Fall des ermordeten BBA-Bombers Franz Fuchs mit seiner Liquidierung rechnen“ musste. Der knasterfahrene Fröhlich, Ex-FPÖ-Bezirksrat, greift auch für rechtsextreme Blätter zur Feder wie „Sleipnir“ und „Stimme des Lebens“, das Organ des Weltbundes zum Schutz des Lebens.

■ **Schweiz (Basel)** - Ende April verurteilte das Basler Strafgericht den 79-jährigen Walter G. Stoll zu vier Monaten Gefängnis mit Bewährung. Stoll - einst Mitglied der Waffen-SS, heute Mitglied der völkisch-heidnischen Avalon-Gemeinschaft und von Traditionsverbänden der Waffen-SS - hatte als „Die Feldjäger vom Hochrhein“ Basler Juden und Linke mit rassistischen beziehungsweise antisemitischen Droh- und Hetzbriefen bedient. „Dass sie endlich Ruhe geben“, sei das Motiv seiner Schreiberi gewesen, erklärte Stoll vor Gericht. Der noch sehr rüstige Rentner hat bereits Berufung gegen seine Verurteilung angekündigt.

■ **Schweiz (Basel)** - Der Schweizer Holocaustleugner und Vielschreiber Jürgen Graf muss sich wohl bald in eine Gefängniszelle zurückziehen. Das Schweizerische Bundesgericht hat Ende März seine Verurteilung zu 15 Monaten Gefängnis in vollem Umfang und letztinstanzlich bestätigt. Auch

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin 8
PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
Heft 10-2000 / Abo 5292719000
Antifaschistisches Pressearchiv
und Bildungszentrum Berlin e. V.
Falkensteinstr. 46
10997 Berlin

Grafs Gesuch um unentgeltliche Rechtspflege wurde abgewiesen, da die Nichtigkeitsbeschwerde „von vornherein aussichtslos war.“ Offen bleibt, ob Graf sich dem drohenden Knastaufenthalt durch Flucht entzieht, wie dies bereits sein Gesinnungsfreund Andres J. Studer getan hat, der sich heute mutmaßlich in Portugal aufhält. Immerhin gibt es noch einige Staaten in Europa, die Holocaust-Leugnung nicht als strafbar ansehen und folglich Graf auch nicht an die Schweiz ausliefern würden. In der Zwischenzeit begann gegen Graf, der bereits in Deutschland und auch Frankreich rechtskräftig verurteilt ist, ein weiteres Strafverfahren, da er trotz des laufenden Prozesses weitere holocaustleugnende Bücher und Aufsätze veröffentlichte.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Satz und Gestaltung:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.

Nachweis erforderlich!

Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto